

Ergebnisse der AG Ukraine im Rahmen des MFD-Fachtages „Fluchtaufnahme: aktuelle Entwicklungen und Erfahrungen“ am 31.01.2023 in Mainz (Elena Vorlaender Diakonie Rheinland, Westfalen, Lippe, Martha Prassiadou Diakonie Hessen)

Themen, die behandelt wurden:

1. Einreise

- Informeller Zugang bei der Zielgruppe Ukrainer*innen
- Landkreis Kaiserslautern hat 1.600 Ukrainer*innen aufgenommen

2. Wohnung

- Kein Wohnraum vorhanden, deshalb werden auch Ukrainer*innen in Unterkünften oder privat untergebracht
- In Ballungsgebieten ist der Wohnungsnotstand größer als auf dem Land
- Die Mieten sind in größeren Kommunen höher
- Anerkannte Geflüchtete, die in Wohnungen der Kommunen oder Landkreise wohnen müssen aus den Wohnungen raus, um Platz für Geflüchtete zu machen, die noch im Asylverfahren sind (das betrifft alle Geflüchtete)

3. Sprachförderung/Bildung

- Ukrainer*innen bekommen einen Sprachkurs schneller zugewiesen als andere Geflüchtete, u. a., weil deren Anträge von den Regionalkoordinator*innen des BAMF direkt geprüft und bewilligt werden als die Anträge anderer Geflüchteten (diese werden vom BAMF in Nürnberg geprüft)
- Sprachkurse-Angebote scheitern oft am fehlenden Lehrpersonal und Räumen

4. Zugang zu Beschäftigung

- Fitte Menschen finden schneller eine Arbeit

5. Sozialleistungen

- Menschen, die Anspruch auf SGB II-Leistungen haben, haben nicht automatisch einen Rechtsanspruch für die Tafel-Angebote
- Bei der Antragstellung für Sozialleistungen gibt es auch bei Ukrainer*innen hohe Hürden zu überwinden, u. a. die Nicht-Erreichbarkeit der Jobcenter
- Idee: Analog zu den Kooperationsvereinbarungen zwischen MBE-Stellen und Jobcenter, Kooperationsvereinbarungen auch zwischen MFD-Stellen und Jobcenter anstreben

6. Gesundheitsversorgung

- Asylbewerber*innen sind nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bessergestellt, weil sie darüber eine Psychotherapie beantragen können, während Ukrainer*innen, die zum Rechtsbereich SGB gehören, das nicht können

7. Vulnerable Gruppen

- Bezüglich der Geflüchteten mit Behinderung, empfiehlt sich eine Kooperation mit den bundesfinanzierten EUTB-Stellen